

16. Wahlperiode

Antrag

der Fraktion der CDU

Schluss mit dem Rückzug aus der Fläche – Keine weiteren Schließungen von Polizeiabschnitten in Berlin!

Das Abgeordnetenhaus wolle beschließen:

Der Senat wird aufgefordert, unverzüglich von den Plänen zur Schließung weiterer Abschnitte der Berliner Polizei Abstand zu nehmen und den damit schleichenden Rückzug von Polizeikräften aus der Fläche zu beenden.

Begründung:

Berlin hat eine traurige Entwicklung hinter sich. Diese begann unmittelbar nach der Übernahme der Regierungsverantwortung durch die rot-rote Koalition im Jahr 2001. Seither haben sich die politischen Prioritäten in unserer Stadt zu Lasten der Inneren Sicherheit verschoben. Während andere Politikfelder weitestgehend bei der Umsetzung von Einsparungen ungeschoren davon kamen, wurde bei den Sicherheitsbehörden radikal gekürzt.

Seit 2001 wurde Stück um Stück die Anzahl der Abschnitte und der Polizeikräfte reduziert. Dieser Kurs soll bis 2010 weitergeführt werden. 2002 hatte Berlin noch 48 Polizeiabschnitte und über 17.000 Beamte im Polizeivollzugsdienst, heute sind es noch 42 Polizeiabschnitte. In den nächsten Jahren sollen weitere Abschnitte geschlossen werden. Nach den Vorstellungen des Senates ist eine weitere Reduzierung der Anzahl auf 36 Abschnitte vorgesehen. Die Zahl der Beamten im Polizeivollzugsdienst soll auf 16.160 Beamte zurückgeführt werden. Derzeit sind noch ca. 16.400 Polizeibeamte im Vollzugsdienst beschäftigt.

Konkret kam es in der Folge dieser Einsparungen zu folgenden Abschnittsschließungen:

Die Drucksachen des Abgeordnetenhauses können über die Internetseite

www.parlament-berlin.de (Startseite>Parlament>Plenum>Drucksachen) eingesehen und abgerufen werden.

- Am 01.09. 2002 wurden die Abschnitte 72 und 73 der ehemaligen Direktion 7 am Standort Cecilienstr. 92 in 12683 Berlin zusammengelegt.
- Im Rahmen der Neuordnung der Führungsstrukturen und der Reduzierung der Direktionen von sieben auf sechs ist er als Abschnitt 62 seit dem 01.08.2003 in die neue Direktion 6 eingegliedert.
- Am 30.06. 2003 wurde der A 44 in Zehlendorf geschlossen und das Gebiet auf die Abschnitte 43, 45 und 46 verteilt. Der Abschnitt 48 in der Götzstraße 6, 12099 Berlin, wurde in A 44 umbenannt.
- Am 16.08. 2004 erfolgte die Zusammenlegung der Abschnitte 21 und 22 zum neuen Abschnitt 21 in der Unterkunft Moritzstraße 10 in 13597 Berlin (Spandau). Der Abschnitt 28 wurde in A 24 und der A 24 in A 22 umbenannt.
- Am 11.10. 2004 fusionierten die beiden Abschnitte 51 und 56 zum neuen Abschnitt 56 am Zwickauer Damm 56 – 58, 12353 Berlin.
- Am 01.11. 2006 wurden die Abschnitte 63 und 64 zum neuen A 64 in Altstruktur an zwei Standorten (Sewanstr. 262, 10319 Berlin und Rathausstraße 12, 10367 Berlin) zusammengeführt.
- Ebenfalls am 01.11. 2006 wurden die Abschnitte 66 und 67 zum neuen A 66 in der Altstruktur an zwei Standorten (Bölschestr. 87, 12587 Berlin und Karlstr. 8, 12557 Berlin) zusammengelegt. Gleichzeitig wird der A 68 in A 63 umbenannt.
- Am 22.08. 2007 wurde der Abschnitt 18 (Idastraße) aufgelöst und das Abschnittsgebiet auf die Abschnitte 17 und 19 verteilt. Nach Abschluss der Neuorganisation in Reinickendorf werden demnächst die Abschnitte in A 13 (jetzt A 17) und A 14 (jetzt A 19) umbenannt. Die Kontaktstelle in Buch wurde zum 30.06. 2007 aufgegeben.

Damit hat der Abbau aber noch kein Ende. Bereits jetzt wird an weiteren Schließungsplänen gearbeitet. Schon beschlossene Sache ist, dass der Abschnitt Kurfürstendamm (A 25) nicht überleben wird. Der Kurfürstendamm wird damit künftig über keinen eigenen Abschnitt mehr verfügen. Es ist eine Zusammenlegung des Abschnitts 25 mit dem Abschnitt in der Rudolstädter Straße geplant.

Darüber hinaus sind weitere Abschnittsschließungen geplant: Entschieden ist bereits die Reduzierung der Abschnitte in Reinickendorf von bisher vier auf zwei Abschnitte unter gleichzeitigem Neuzuschnitt der Abschnittsbereiche. Weiterhin steht fest, im Bereich der Direktion 5 die Abschnitte 57 und 58 zum neuen Abschnitt 51 in der Wedekindstraße 10 zusammenzulegen. Bislang sind die Pläne dort aber noch am Widerstand der Polizeibediensteten gescheitert: Die notwendigen Baumaßnahmen bedingen eine vorübergehende Unterbringung der Dienstkräfte in einer anderen Örtlichkeit. Für die vorgesehene Nutzung der Marchlewskistraße verweigerten sowohl der örtliche als auch der Gesamtpersonalrat ihre Zustimmung.

Auch die Wasserschutzpolizei bleibt von Schließungen nicht verschont. So ist die Aufgabe der Wache 3 der Wasserschutzpolizei auf der Insel Schwanenwerder bereits beschlossene Sache.

Die Schließungen von Polizeistandorten sind in höchstem Maße verantwortungslos und werden nicht ohne Auswirkungen bleiben. Die Aufzählung der geschlossenen Standorte macht einen massiven Rückzug der Berliner Polizei aus der Fläche offenkundig. Die Anfahrtswege der Einsatzwagen der Polizei verlängern sich, in Folge dessen erscheint die Polizei noch später am Tat- oder Unfallort.

Auch die Wege der Bürger zur Polizei werden länger. Neben Sicherheitsbelangen leidet hierunter auch die Bürgernähe der Polizei.

Auch die Präventionsarbeit der Polizei wird unter dem Rückzug aus der Fläche leiden. Durch die Aufgabe der zahlreichen Standorte wird es immer aufwendiger, Überwachungsmaßnahmen mit Polizeipräsenz durchzuführen. Dies gilt vor allem für Verkehrsüberwachungsmaßnahmen zur Verhinderung von Straftaten im Straßenverkehr. In der Konsequenz wird dies zu einem Anstieg der Verkehrstopfer führen. Die Sicherheitslage in Berlin wird sich in den nächsten Jahren insgesamt aufgrund der Abschnittsschließungen merklich verschlechtern. Die Leidtragenden werden die redlichen Bürger unserer Stadt sein.

Auch die Schließung der Wache 3 der Wasserschutzpolizei auf der Insel Schwanenwerder wird ihre Spuren hinterlassen. Zwar sind vorher bekannte Lagen – etwa die Herbstveranstaltung „Wannsee in Flammen“ auch von einer anderen Wache aus zu regeln, unerwartete Lagen jedoch, wie etwa Schiffsunfälle oder Katastrophen, sind nach Aufgabe der Wache 3 aber sicher nicht mehr in den Griff zu bekommen, weil Kräfte der Wasserschutzpolizei in diesen Fällen aufgrund der langen Anfahrtswege erst viel zu spät vor Ort sein werden. Erinnert sei an die Orkankatastrophe im Jahr 2002, bei der kein Zugang zu einem Jugendlager auf Schwanenwerder über Straßen bestand. Hier konnte das Schlimmste nur deshalb abgewandt werden, weil die Boote der Wache 3 in kürzester Zeit mit Rettungsmaßnahmen eingreifen konnten. Sollten die Pläne des Senates Realität werden, wird es in Zukunft diese Hilfe nicht mehr geben.

Berlin, den 01. April 2008

Dr. Pflüger Henkel Trapp
und die übrigen Mitglieder der Fraktion der CDU